

Elbeblatt.

Amtsblatt
für die Königlichen Gerichtsämter und Stadträthe zu
Miesa und Strehla.

N^o 9.

Dienstag, den 1. März

1859.

Miesa, 27. Februar.

Was der Mensch wünscht, das glaubt er gern und leicht, deshalb hat man sich bisher mit allen den oft noch so schwachen Anzeichen zu beruhigen gesucht, welche auf die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens hinzudeuten schienen. Es ist ganz gut, sich wegen vorhandener möglicher Gefahr nicht unnöthigen bangen Sorgen hinzugeben, aber noch besser ist es, sich mit dem Gedanken an eine Gefahr vertraut zu machen, um ihr bei ihrem wirklichen Nahen vorbereitet und mit Fassung entgegentreten zu können. Für den Ausbruch eines Krieges sprechen Rüstungen und zwar Rüstungen von so umfassender Art, die mit einem solchen Aufwande von Mitteln betrieben werden, daß es den Ländern gegenüber, welche diese Mittel aufzubringen haben, geradezu unverantwortlich sein würde, wenn man damit nur eine bloße Demonstration beabsichtigte. Für den Frieden sprechen — Reden und Noten, also nichts als Worte, welche so oft sie auch von großem Gewicht sein mögen, dießmal die entgegengesetzte Waagschale doch nicht zum Aufschwellen bringen können. Wir wollen uns nicht in eine Betrachtung der Lage derjenigen Staaten vertiefen, die in einen Krieg verwickelt werden könnten, ihn aber zu vermeiden wünschen sollten; daß Frankreich und Sardinien selbst, wo die Kriegstrompeten den ersten Ton angestimmt haben, ihn am wenigsten vertragen können, ist bekannt, aber dennoch werden wir Krieg haben, wenn Napoleon III. es will, und er wird vielleicht wollen müssen. Die Kriegserklärung würde nun allerdings zunächst gegen Oesterreich gerichtet sein, aber es ist unnöthig, auseinander zu setzen, welche weitere Folgen sich an diesen Schritt knüpfen möchten. Die Rolle, welche Deutschland dabei spielen würde, hat das deutsche Volk längst begriffen, noch ehe es ihm Jemand gesagt, und hat gewählt, noch ehe es von irgend einer Seite dazu aufgefordert worden ist. Die vom Grafen Morny in neuester Zeit anerkannte Großmacht, „die öffentliche Meinung“, hat sich in Deutschland sofort entschieden geäußert, dieß bezeugen die Vorgänge in den Kammern zu Hannover, München und Nassau, dieß bezeugt die gesammte deutsche Presse, dieß bezeugen zahlreiche volksthümliche Kundgebungen an den verschiedensten Orten. Dennoch ist nicht Alles so, wie es nach unserer Meinung sein sollte, denn Preußen, „das Schwert Deutschlands“, wie es sich selbst gern nennen hört, hat zwar als Großmacht Einiges zur Erhaltung des Friedens, als deutsche Macht aber noch zu wenig für die deutsche Sache gethan. Es ist wohl ganz richtig, daß es eben weil ihm wie

allen anderen jetzt vermittelnden Staaten am Frieden gelegen ist, seine Aeußerungen sehr bemessen muß, um jede Provocation zu vermeiden; als solche würde eine etwas betonte freundliche Annäherung an Oesterreich während der Verhandlungen aber auch nicht haben gedeutet werden können und die künftige Stellung Preußens Freund und Feind dennoch klar gemacht haben. Bei Betrachtung dieser Haltung wird man unwillkürlich an das Jahr 1803 erinnert, da ebenfalls keine preussischen Truppen an der Seite der Oesterreicher in den Schlachten von Ulm und Wagram fochten, so wenig auch übrigens die damaligen Zustände in Deutschland den heutigen gleichen mögen. Die Zeitungen bemühen sich zwar, um die Besorgnisse nicht zu mehren, das Verhalten Preußens in das vortheilhafteste Licht zu stellen und seine Vorsicht zu rühmen, wir meinen jedoch, daß es gewöhnlich um eine Sache nicht besonders bestellt ist, wenn man sie geflissentlich heraufstreicht, und diejenigen Blätter, welche von den Cabinetten aus inspirirt werden, haben ebenfalls alle Ursache, provocirende Aeußerungen zu unterdrücken. Die oft erwähnte preussische Note vom 12. d. M. ist dem Publikum zwar noch nicht bekannt, man vernimmt aber leider hier und da, daß ihre Fassung höchst zweideutig sein und nichts von der Handlungsweise blicken lassen soll, die Preußen einschlagen würde, wenn die Vermittelungsversuche scheitern sollten. Wie das Cabinet, so haben auch die beiden gegenwärtig in Berlin tagenden Häuser noch keine deutsche Regierung verrathen, und selbst die rheinischen Petitionen, welche darauf drangen, sind von den Abgeordneten, welche sie überreichen sollten, zurückgewiesen worden. Wir haben uns über diese Thatsachen vielleicht noch nicht zu beklagen, allein wir wollten wenigstens Act davon nehmen.

Politische Wochenschau.

Wien, 18. Februar. Die hiesige Regierung hat sich zwar bewegt gefunden, auch ihrerseits in die Wiedereröffnung der Pariser Conferenzen zur ausschließlichen Erwägung der Vorgänge in den Donaufürstenthümern zu willigen, doch scheint es angezeigt, zum voraus keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Oesterreich mit dem festen Vorsatz in die Berathung eintritt, die Bestimmungen der einstimmig angenommenen Convention vom 19. August v. J. zur Geltung zu bringen. Auf diesem rechtlichen Standpunkte wird Oesterreich sich nicht allein befinden. Obwohl das englische Cabinet über die zu befolgende Richtung nicht in Zweifel